



CONCOURS CENTRALE-SUPÉLEC

Allemand

MP, PC, PSI, TSI

4 heures

Calculatrices interdites

2016

*L'usage de tout système électronique ou informatique est interdit dans cette épreuve.*

*Rédiger en allemand et en 500 mots une synthèse des documents proposés, qui devra obligatoirement comporter un titre. Indiquer avec précision, à la fin du travail, le nombre de mots utilisés (titre inclus), un écart de 10% en plus ou en moins sera accepté.*

Ce sujet propose les 4 documents suivants :

- un ensemble de deux affiches pour le parti *Bayernpartei* ;
- un article de la revue suisse *Zeit-Fragen* (Zurich) du 5 décembre 2011 ;
- un article de l'hebdomadaire suisse *TagesWoche* (Bâle) du 3 avril 2014 ;
- un article du quotidien suisse *Tagesanzeiger* (Zurich) paru le 29 novembre 2012.

*L'ordre dans lequel se présentent les documents est aléatoire.*

## Werbeplakate für die Bayernpartei



# Es gibt keine Alternative zum demokratisch verfassten Nationalstaat

von Dr. phil. René Roca

Im Zusammenhang mit dem nach wie vor geplanten Schritt der Europäischen Union (EU), die „Vereinigten Staaten von Europa“ (nach einem Diktum Churchills) aufzubauen, also den Schritt vom Staatenbund zum Bundesstaat zu machen, wird immer wieder auf die historische Situation der Schweiz vor der Bundesstaatsgründung 1848 verwiesen. Der EU nahe stehende Kreise betonen in diesem Zusammenhang, auch die schweizerischen Kantone hätten ja damals Souveränität an den Bund abgegeben und vor einem solchen Schritt würden nun auch die Länder der EU stehen. Wenn man die Schweiz heute betrachte, so die EU-Befürworter weiter, könne dieser Weg doch nur von Erfolg gekrönt sein. Zum einen wird damit suggeriert, die EU befinde sich mit dem angestrebten Ziel eines Bundesstaates auf einer Erfolgsstraße, zum anderen wird der Schweiz eingeredet, dass sie mit einem EU-Beitritt genau das vollziehen würde, was sie in ihrer Geschichte schon einmal gemacht habe, nur dieses Mal eben im größeren Rahmen. Wer solches behauptet, ignoriert die historische Entwicklung und verfolgt das Ziel, dem schweizerischen Nationalstaat den Todesstoß zu versetzen.

Allgemein ist klar festzuhalten, dass die Situation der Schweiz vor der Bundesstaatsgründung keinesfalls mit dem heutigen Gebilde der EU verglichen werden kann, und dies aus folgenden Gründen:

1. Die Schweiz war vor 1848 ein Staatenbund. Seit 1815 galt der Bundesvertrag mit seinen 15 Artikeln als völkerrechtliche Grundlage. [...] Wie sieht dagegen heute das EU-Gebilde aus? Die EU ist de facto kein Staatenbund von gleichberechtigten Ländern. Sie ist keine Nation, sondern ein zentralistisches Gebilde (Brüssel), das durch verschiedene Vertragswerke zusammengehalten wird. An die Verträge halten sich die einzelnen Länder nur bedingt (vgl. Maastricht-Kriterien). Seit den Anfängen, also seit der Montanunion 1951, zeichnet sich die EG/EU durch das Konzept der Supranationalität aus. Das heißt, dass die einzelnen Mitgliedsländer immer mehr souveräne Rechte an das Zentrum abtreten und die eigene staatliche Souveränität kontinuierlich entleert wird. In der laufenden Finanz- und Wirtschaftskrise mutiert die EU in Richtung einer autoritären Herrschaft, einer Art Diktatur à la Merkel-Sarkozy. Der angekündigte „Europäische Stabilitätsmechanismus“ (ESM) wird diese Tendenz noch verstärken.

2. Die Schweiz vollzog 1848 die Umwandlung in einen Bundesstaat. Nach dem Sonderbundskrieg 1847 entwickelten liberale Kräfte in kurzer Zeit mit der Bundesverfassung eine ideale Lösung für die Schweiz, wobei sie wesentliche Ideen der Katholisch-Konservativen übernahmen und so den Weg der Konkordanz verfolgten. Die einzelnen Kantone waren zwar nicht mehr souverän, aber die Legitimität der Bundesverfassung wurde sehr stark erhöht, weil in allen Kantonen eine Volksabstimmung über das neue Grundgesetz stattfand. [...] Neben der Neutralität wurde nun der Föderalismus eine wichtige Grundlage des Staatswesens. Damit wurde dem Wunsch nach weitgehender Souveränität der Kantone Rechnung getragen. Das Prinzip der Subsidiarität wurde konsequent umgesetzt und die Kantone erhielten unter anderem die Schul- und Kirchenhoheit und umfangreiche Finanzkompetenzen. [...] Mit der schrittweisen Einführung der direkten Demokratie auf allen drei Staatsebenen (Gemeinden, Kantone, Bund) setzten die Schweizer die Idee der Volkssouveränität konsequent um und sorgten so dafür, dass die laufende Industrialisierung von den Bürgern mit Erfolg mitgestaltet werden konnte.

Soweit die Ideen für einen „Bundesstaat Europa“ konkretisiert sind, würde dieser sicher nicht so aussehen, ganz im Gegenteil. In den einzelnen Ländern der EU sind — außer in Irland — nicht einmal Volksabstimmungen für die Staatsverträge, welche die rechtliche Grundlage bilden, vorgesehen. [...]

*Zeit-Fragen Nr.49 vom 5.12.2011 Zeit-Fragen, Wochenzeitung für Meinungsbildung, Zürich*

# Separatisten proben in Europa den Aufstand

von Georg Kreis



Die katalanische Flagge «Estelada», vorerst nur aus Farbpapier. (Bild: © Albert Gea / Reuters)

[...] Seit Jahren, ja seit Jahrzehnten gibt es separatistische Strömungen in Europa. In jüngster Zeit haben sie aber beträchtlichen Auftrieb bekommen. Noch in diesem Jahr werden zwei Regionen über eine Loslösung vom Mutterstaat befinden. Am 18. September stimmen die Schotten offiziell über ein Verbleiben im britischen Staat ab. Und am 9. November wird — von der Madrider Zentrale im Voraus nicht anerkannt — in Katalonien über den Verbleib in Spanien abgestimmt.

Dahinter warten andere Regionen, noch ohne Abstimmungstermin, aber mit Wahlen, in denen Parteien mit Spaltungsprogrammen auf Stimmenfang gehen: vor allem in Norditalien (die Lega, die ein unabhängiges Padanien will), neuerdings separat auch in Venedig (mit einem Internet-Plebiscit, an dem sich zwei Millionen Menschen beteiligt haben), aber auch im Südtirol und — seit Langem — in Flandern und immer wieder im Baskenland und in Korsika.

Der europäische Regionalismus ist kein erst gestern entstandenes Phänomen. Als engagierter Regionalist würde man sogar sagen, dass es die Regionen lange vor den Nationen gegeben habe (eigentlich schon am ersten Tag der Schöpfung) und dass sie erst im Laufe der Zeit von den jüngeren Nationen überlagert worden sind. Diese Überlagerung müsse nun rückgängig gemacht werden, so die Regionalisten. Der Gegensatz zwischen Regionen und Natio-

nen ist allerdings diskutabel. Regionen nehmen für sich in Anspruch, die besseren, die echten territorialen Einheiten zu sein als die „künstlichen“ Nationen. Einige gebärden sich dabei, als wären sie kleine Nationen und reproduzieren somit eine Einheitsideologie, mit der die damals jungen Nationen im 19. Jahrhundert groß und stark geworden sind.

Die Regionalisten haben das Argument der kleineren Größe, das heißt der größeren Nähe zu gegebenen Basisproblemen, auf ihrer Seite. Das schöne Fremdwort dazu lautet Subsidiarität; ein Prinzip, zu dem sich die EU 1992 vertraglich verpflichtet hat. Das Hauptmotiv der meisten Regionalisten bilden aber mitnichten hehre Gesellschaftsvorstellungen. Viel mehr geht es darum, ihren Reichtum, die schönen Erträge ihrer wirtschaftlichen Prosperität (zum Beispiel das Erdöl der Nordsee) nicht an eine unersättliche Staatszentrale abführen und ärmeren und schnell als „faul“ eingestuft anderen Regionen zur Verfügung stellen zu müssen. [...]

Separatisten argumentieren mit vernachlässigten Interessen. Das entspricht einem Trend zu Egohaltungen.

Nationen sind nach unserem Verständnis dagegen festgeschriebene Gebilde. Regionen können von sehr unterschiedlichen Größen sein. In der aktuellen Debatte wird darauf hingewiesen, dass die abspaltungswilligen Regionen sogar grösser sind als manche anerkannten Nationen. Nur das bekannteste

Beispiel: Katalonien würde mit seinen 7,5 Millionen Menschen zu den 15 bevölkerungsstärksten und reichsten EU-Mitgliedern gehören.

Im Grunde ist die Nation Schweiz auch nur eine Region — natürlich mit Subregionen. Und diese Subregionen sind nicht identisch mit den Kantonen. Wie wir wissen, ist der interkantonale Finanzausgleich (NFA) ebenfalls Gegenstand ständiger Diskussionen. Und wie wir uns erinnern, hatte auch die Schweiz ihren Separatismus mit der nordjurassischen Bewegung gehabt. Diese empfand ihr Gebiet als von Bern fremdbestimmt und war der Meinung, mehr Steuern abführen zu müssen als Staatsunterstützung zurück-

zubekommen.

Für die Befürworter einer Loslösung ist die Frage, was das für den zurückgelassenen Teil bedeutet, von höchstens zweitrangiger Bedeutung. Warum sich um den Teil Sorgen machen, der groß ist, bisher nur profitiert hat und sogar repressiv aufgetreten ist? Für Spanien würde die Loslösung von Katalonien aber nicht nur einen Gebietsverlust bedeuten, sondern die gesamte Staatsstruktur in Frage stellen. Pathetisch ausgedrückt: Es wäre nicht nur eine Beinamputation, sondern der Verlust eines Teils der Seele. [...]

PHILIPP LÖPFE, *tagesanzeiger.ch*, 29.11.2012

Ökonomisch gesehen befindet sich die EU in einer Sackgasse. Es besteht ein riesiges Gefälle zwischen der wirtschaftlichen Kernzone und der Peripherie. Dieses Ungleichgewicht bedroht ernsthaft die Stabilität der europäischen Einheit. Mit immer waghalsigeren Konstruktionen muss die EU gestützt werden. Gerade ist Griechenland nach langen und zähen Verhandlungen einmal mehr vor dem Staatsbankrott gerettet worden. Die Freude darüber hält sich in Grenzen.

Man hat kaum mehr gewonnen, als ein bisschen Zeit. Irgendwann reicht das Geld im Hilfsfonds ESM nicht mehr aus, irgendwann lassen sich Griechen, Portugiesen oder die Spanier nicht ein noch härteres Spardiktat aufzwingen, irgendwann wird der deutsche Bundestag keine weiteren Hilfskredite mehr gutheissen und irgendwann geht der Geldkanone von EZB-Präsident Mario Draghi die Munition aus.

Europa braucht mehr als ökonomische Hilfskrücken, es braucht eine neue politische Vision. Der österreichische Schriftsteller Robert Menasse stellt in seiner bemerkenswerten Kampfschrift „Der Europäische Landbote“ deshalb klar: „Wir müssen eine neue Demokratie erfinden. Eine Demokratie, die nicht an die Idee des Nationalstaates gekoppelt ist.“

Sich von der Idee des Nationalstaates zu befreien wird immer mehr zur Schicksalsfrage Europas. Die Vorstellung, dass rund 30 Nationen in einer wirtschaftlichen Freihandelszone ohne gegenseitige Verpflichtungen friedlich nebeneinander leben, hat sich definitiv als Illusion erwiesen. Insider haben dies begriffen. José Manuel Barroso, Präsident der EU-Kommission, hat gestern erneut einen Plan für das Überleben der europäischen Einheit vorgestellt, der die Grenzen des Nationalstaates sprengt.

In kleinen Schritten soll ein supranationales Finanzministerium aufgebaut werden, das befugt ist, Steuern zu erheben und Eurobonds zu emittieren. Es braucht keine prophetischen Fähigkeiten, um die

Reaktionen auf diesen Vorstoß vorauszusagen. Das „Monster Brüssel“ zeige sein wahres Gesicht, werden die Kritiker aufjaulen. Ohne nationale Souveränität werde Europa in einem kulturellen Einheitsmorast versinken und die Menschen ihre Identität verlieren. Europa habe, wenn überhaupt, nur dann eine Zukunft, wenn es eine lockere Gemeinschaft souveräner Staaten bleibe.

Die Angst vor einem nationalen Identitätsverlust ist paradox. Die EU wurde ja als Projekt zur Überwindung der Nationalstaaten lanciert. Darauf weist Menasse zu Recht hin. „Die Utopie war, die Nationalstaaten durch die Verflechtung ihrer Ökonomien Schritt für Schritt zur Preisgabe von Souveränität zu zwingen, sie immer mehr zurückzudrängen, bis sie schlussendlich absterben und in einem grenzenlosen Europa aufgehen“, schreibt er.

Nachdem der Nationalismus in Europa zwei mörderische Weltkriege losgetreten hatte, blieb er eine Weile lang verpönt. Lange wurde deshalb auch von einem „Europa der Regionen“ gesprochen. Selbst die widerspenstige Schweiz ließ sich für diese Idee begeistern, beispielsweise rund um den Bodensee. Das macht auch Sinn. Kulturelle Identität und Heimatgefühl entstehen nicht im nationalen, sondern im regionalen Raum. Davon ist heute nicht mehr viel übrig geblieben. Vier Jahre Wirtschaftskrise haben das Bemühen um ein „Europa der Regionen“ stillgelegt.

National geprägte Vorurteile feiern ein Comeback, mit fatalen Folgen. Die Griechen sind faul und die deutschen Nazis kehren zurück. Das authentische Heimatgefühl wird durch künstlichen Nationalstolz verdrängt. „Die Eigenständigkeit von regionalen Kulturen und Mentalitäten ist immer nur bedrängt, unterdrückt oder verfälscht worden, wenn die nationale Identität in einem nationalen Volkskörper über alles gestellt wurde“, stellt Menasse fest.